

# SPD CDU

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

c/o  
Auerstraße 13  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 45 93 520  
Telefax: 0208 / 45 93 523  
E-Mail: spd-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3**

## Antrag

## Nr.: A 12/0892-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**öffentlich**

**Datum:** 18.12.2012

**Postversand:**

**Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

<b><u>Status:</u>*</b>	<b><u>Datum:</u></b>	<b><u>Gremium:</u></b>	<b><u>Berichterstattung:</u></b>
Ö	19.12.2012	Rat der Stadt	Dieter Wiechering, Wolfgang Michels

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

**TOP 26 "Etat/Haushalt 2013 ff." - hier: Begleitbeschluss zur Haushaltssicherung**

**Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 18.12.2012**

**Beschlussvorschlag:****Einführung**

Ein wesentliches Ziel der Fraktionen von CDU und SPD ist es, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu beschließen. Nur damit bleibt die kommunale Selbstverwaltung und somit die politische Gestaltungsmöglichkeit erhalten.

SPD und CDU bekennen sich dazu, dass zur weiteren Konsolidierung auch in den kommenden Jahren eine strenge Ausgabendisziplin erforderlich sein wird. Dennoch werden wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ohne eine maßvolle Anpassung der städtischen Einnahmen nicht erreichen können.

Der Rat der Stadt beschließt daher folgendes:

## **I. Zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung**

### **1. Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse**

Über die Umsetzung der bereits beschlossenen (z.B. Konzept zur Zukunftsausrichtung der VHS, Fuhrparkmanagement Konzern Stadt) bzw. aktueller Haushaltsbegleitbeschlüsse erfolgt ein unterjähriges Controlling in Form von Quartalsberichten im Finanzausschuss.

Die quartalsweise Berichterstattung über die Umsetzung des geplanten Personalabbaus in der Verwaltung findet im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses statt.

### **2. Umlagen Verbände**

Die vom Rat der Stadt in die Verbandsversammlungen von LVR und RVR entsandten Vertreter/-innen werden aufgefordert, keinem Verbandsetat zuzustimmen, der über höhere Umlagebeträge zu einer Mehrbelastung des städtischen Haushaltes führt.

### **3. Reduzierung von Gutachterkosten**

- a. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2013 vor der Vergabe von Gutachtaufträgen die Zustimmung des jeweiligen Fachausschusses einzuholen, soweit die Gutachtauftragssumme den Rahmen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung überschreitet. Hiervon ausgenommen sind Gutachten, die gesetzlich gefordert sind oder die als Folge der Umsetzung eines Ratsbeschlusses unmittelbar notwendig werden (z. B. Bodengutachten vor Verkauf eines städtischen Grundstücks nach entsprechendem Ratsbeschluss).
- b. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Hauptausschusssitzung Vorschläge für Wertgrenzen zu machen, bis zu deren Erreichung noch ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt. Diese Vorschläge sollen unterschieden werden nach folgenden Aufgabengebieten:
  - i. Umweltrecht
  - ii. Stadtplanung
  - iii. Verkehrsplanung
  - iv. Rechtsgutachten
- c. Die Gutachterkosten für die Bauleitplanung „Schlippenweg“ sind zunächst aus Haushaltsmitteln vorzufinanzieren. Die Refinanzierung erfolgt über eine Umlage auf die Grundstücksverkaufserlöse.
- d. Es erfolgt daher eine Deckelung der gesamten Gutachterkosten für 2013 auf eine Nettosumme von 700.000 € (Etatansatz: 782.555 €).

### **4. Subventionsabbau**

- a. MülheimPass  
Zur Vermeidung von Doppelförderungen sind alle Subventionspositionen des MülheimPasses, die bereits durch das Bildungs- und Teilhabepaket erfasst sind, zu streichen.
- b. Autonomes Zentrum Auerstraße  
Die HSK-Maßnahme Nr. 233 „Kooperation und Synergien in den Bereichen Theater an der Ruhr/Ringlokschuppen/Stücke“ ist um die Einrichtung

„Autonomes Zentrum“ zu erweitern. Ziel ist die Erreichung eines nachhaltigen Konsolidierungsbeitrages.

- c. Theaterstudio Adolfstraße 89a für Theater „Spätlese“  
Die HSK-Maßnahme Nr. 233 „Kooperation und Synergien in den Bereichen Theater an der Ruhr/Ringlokschuppen/Stücke“ ist um die Einrichtung „Theater Spätlese“ zu erweitern. Ziel ist die Erreichung eines nachhaltigen Konsolidierungsbeitrages.
- d. Reduzierung städtischer Mitgliedsbeiträge  
Die Kosten für städtische Mitgliedsbeiträge sollen gekürzt werden. Eine Konkretisierung des Vorschlages erfolgt durch die Antragsteller im Finanzausschuss.

## **5. Verein „Mülheimer Klimaschutzinitiative“**

- a. Die Klimaschutzinitiative wird über 2012 hinaus weiter unterstützt und gefördert.
- b. Die Stadt Mülheim an der Ruhr bleibt über 2012 hinaus Mitglied der Initiative.
- c. Die Verwaltung erhält den Auftrag zu prüfen, ob zusätzliche Sponsoringmittel als Ersatz- und Projektförderung für die Klimaschutzinitiative eingeworben werden können.

## **6. Personalkosten**

- a. Interkommunale Zusammenarbeit  
Die Wiederbesetzung der VHS-Leiterstelle wird im Kontext der HSK-Maßnahme Nr. 234 „Regionale Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Bibliothek, Kunstmuseum, Musikschule, VHS und Stadtarchiv“ entschieden.
- b. Gebührenordnungen bzw. Ortssatzungen  
Die Verwaltung erhält den Auftrag zu prüfen, in welchem Umfang durch Absenkung von Bearbeitungsstandards bei der Beachtung und Umsetzung der Gebührenordnungen bzw. Ortssatzungen Personalkosten eingespart werden können.

## **7. Zuschüsse an die „Freien Träger“**

- a. Die Personalkostenanteile der Zuschüsse an die Freien Träger werden in Höhe der für das Jahr 2013 anstehenden Personalkostensteigerungen erhöht. Dies erfolgt analog der Vorgehensweise der Verwaltung für die in diesen Bereichen tätigen städtischen Beschäftigten.
- b. Die mit der HSK-Maßnahme Nr. 239 „Einsparungen aus dem Gesamtvolumen des Sozialleistungstableaus“ verbundenen Maßnahmen sind bis Mai 2013 zu konkretisieren.

## **8. Städtische Doppel-/Mehrfachförderung**

Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag zur Ermittlung von Maßnahmen zur Vermeidung von Doppel- bzw. Mehrfachförderungen über diverse Haushaltsstellen im selben Jahr.

# **II. Steuern**

## **1. Gewerbesteuer**

In Abänderung des HSK-Vorschlags Nr. 251 erfolgt eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer wie folgt:

- ab 2014 ff. auf 490%
- ab 2016 ff. auf 520%

- ab 2018 ff. auf 550%
- ab 2020 ff. auf 580%

## **2. Erhöhung der Grundsteuer B**

In Abänderung des HSK-Vorschlags Nr. 252 erfolgt eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B wie folgt:

- ab 2013 ff. auf 560%
- ab 2015 ff. auf 590%
- ab 2017 ff. auf 620%
- ab 2019 ff. auf 650%

## **3. Erhöhung der Vergnügungssteuer**

In Abänderung des HSK-Vorschlags Nr. 254 erfolgt eine Erhöhung des Steuersatzes der Spielgerätesteuer wie folgt:

- ab 2013 ff. auf 17%
- ab 2015 ff. auf 18%
- ab 2018 ff. auf 22%

### **III. Positionierung zum Haushaltssicherungskonzept**

#### **1. HSK Nr. 57 „Weitere Optimierung des Vermögensbestandes“**

Im Hinblick auf die Zielerreichung des beschlossenen HSK-Vorschlags Nr. 57 "Weitere Optimierung des Vermögensbestandes" wird das Grundstück Aktienstraße 56-58 mit aufstehenden Gebäuden (ehem. Feuerwache) abweichend vom Beschluss des Rates der Stadt vom 01.03.2012 (Drucksache V 12/074-01) ohne Festlegung der Nutzung für den Betrieb einer Tageseinrichtung für Kinder im Jahr 2013 ausgeschrieben und veräußert.

#### **2. HSK Nr. 128 „Reduzierung der Aufwendungen beim Fahrdienst für behinderte Menschen (Taxigutscheine)“**

Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.

#### **3. HSK Nr. 129 „Erhebung von Nutzungsgebühren/Energiekostenbeiträgen für den Übungsbetrieb und Veranstaltungen der Vereine“**

Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.

#### **4. HSK Nr. 136 „Kürzung Zuschüsse an Vereine“**

Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.

#### **5. HSK Nr. 137 „Kürzung Beihilfen Sportförderung“**

Der Vorschlag der Verwaltung, die Beihilfen in 2013 um 20% statt 10% zu kürzen, wird abgelehnt.

#### **6. Städtevergleich „Vereinsförderung“**

Im Hinblick auf eine Evaluierung der HSK-Maßnahmen Nr. 129, 136 und 137 in 2014 wird die Verwaltung beauftragt, einen Städtevergleich zu den relevanten Positionen in Form eines Benchmarking durchzuführen.

#### **7. HSK Nr. 217 „Reduzierung Geschäftsbesorgungsvertrag MST“**

Die HSK-Maßnahme wird mit Verweis auf die Beschlussfassung zum Antrag A 11/0977-01 „Begleitbeschluss zur Haushaltssicherung“ abgelehnt.

- 8. HSK Nr. 227 „Reduzierung der Seitenzahlen der Info-Broschüre zu Bürgerentscheiden“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 9. HSK Nr. 228 „Reduzierung um fünf (weitere) Stimmbezirke“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 10. HSK Nr. 236 „Wegfall des Sozialfonds zur Schulwegbewältigung von Förderschülern“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 11. HSK Nr. 237 „Wegfall der Geschwisterermäßigung bei der Betreuung in Offenen Ganztagschulen ab Schuljahr 2013/2014“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 12. HSK Nr. 238 „Wegfall der Geschwisterermäßigung in Tageseinrichtungen für Kinder an KiTa-Jahr 2013/2014“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 13. HSK Nr. 240 „Schließung Naturbad Styrum“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 14. HSK Nr. 242 „Aufgabe der Geschäftsführung für die Arbeitsgemeinschaft der Behindertenverbände (AGB)“**  
Die HSK-Maßnahme wird abgelehnt.
- 15. Den übrigen im vorliegenden Haushaltssicherungskonzept 2013ff. vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wird zugestimmt.**

#### **IV. Sonstiges**

##### **1. Jugendpflegemittel**

Den Anträgen der Freien Träger der offenen Jugendarbeit auf Erhöhung der Personalkostenzuschüsse für 2013 um 0,3% (5.057 €) wird zugestimmt. Dem Vorschlag des Jugendhilfeausschusses, die Jugendpflegemittel pauschal um 3.500 € zu erhöhen, wird ebenfalls gefolgt.

#### **Begründung:**

- erfolgt mündlich -

gez. Dieter Wiechering  
Fraktionsvorsitzender

gez. Wolfgang Michels  
Fraktionsvorsitzender

#### **Gleichstellungsrelevante Aspekte**

Ja

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden.)

**Nein**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen:

Ergibt sich aus dem Kontext der Drucksache.